



MARKT PILSTING

Regierungsbezirk Niederbayern
Landkreis Dingolfing-Landau

DECKBLATT NR. 1
VORHABENBEZOGENER BEBAUUNGS- UND
GRÜNORDNUNGSPLAN
SO „PHOTOVOLTAIK PARNKOFEN“

BEGRÜNDUNG

Satzung in der Fassung vom 19.09.2022

Verfahrensträger:

Markt Pilsting

Marktplatz 23
94431 Pilsting
Tel.: 09953 / 9301-0
Mail: info@pilsting.de
Web: www.markt-pilsting.de

Pilsting, 21.11.2022

Martin Hiergeist
1. Bürgermeister

Planung:

mks Architekten – Ingenieure GmbH

Mühlenweg 8
94347 Ascha
Tel.: 09961 / 94 21-0
Fax: 09961 / 94 21-29
Mail: ascha@mks-ai.de
Web: www.mks-ai.de

Bearbeitung:

Thomas Althammer
Landschaftsarchitekt, Stadtplaner



Inhaltsverzeichnis

1. Aufstellung und Planung	4
1.1. Aufstellungsbeschluss	4
1.2. Anlass der Planaufstellung	4
2. Allgemeine Angaben	5
2.1. Ergänzung der Modultische	5
2.2. Stellplätze mit Ladestationen	5
3. Städtebauliche Planung	6
3.1. Geltungsbereich Deckblatt Nr. 1	6
3.2. Änderungen durch Deckblatt Nr. 1	6
4. Erschliessung	9
4.1. Verkehrserschließung	9
4.2. Niederschlagswasser	9
5. Grünordnung	9
6. Artenschutz	9
7. Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung	9
7.1. Eingriffsermittlung / Ausgleichsbedarf	9
7.2. Ausgleichsfläche	11
8. Wasserschutzgebiet Parnkofen	12
9. Unterlagenverzeichnis	13

1. AUFSTELLUNG UND PLANUNG

1.1. Aufstellungsbeschluss

Der Markt Pilsting hat mit Beschluss vom 19.09.2022 die Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungs- und Grünordnungsplans Sondergebiet „Photovoltaik Parnkofen“ durch das Deckblatt Nr. 1 beschlossen.

Das Deckblatt Nr. 1 wird im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB aufgestellt. Durch die Änderung und Ergänzung des bestehenden Bebauungsplanes wird das ursprüngliche Planungskonzept nicht wesentlich verändert. Die Planung führt zu keiner Veränderung des Gebietscharakters und baut auf dem ursprünglichen Bauleitplan-konzept auf. Die vorgenommenen Änderungen haben keine wesentliche Änderung der bestehenden Ziele der Bauleitplanung zur Folge.

Das Vorhaben löst keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung aus, es bestehen keine Anhaltspunkte, dass durch das Vorhaben die Erhaltungsziele und der Schutzzweck der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung und der Europäischen Vogelschutzgebiete im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes beeinträchtigt werden.

Gemäß § 13 Abs. (2) BauGB wird von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB abgesehen.

Gemäß § 13 Abs. (3) BauGB wird von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB und von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB abgesehen.

1.2. Anlass der Planaufstellung

Der Betreiber der im Jahr 2010 errichteten Photovoltaik-Freilandanlage westlich von Parnkofen beabsichtigt die Erweiterung der Modultischreihen durch die Ergänzung zusätzlicher Tische innerhalb des vorhandenen Anlagenbereiches. Die Gesamtleistung der PV-Anlage wird auf 2 MW erhöht. Im Südosten ist in diesem Zuge außerhalb des Wasserschutzgebietes die Errichtung einer zweiten Trafostation zur Stromeinspeisung erforderlich.

Des Weiteren sollen als Beitrag zur Versorgung mit erneuerbaren Energien und Unterstützung der Elektromobilität im Südosten der Anlage Stellplätze mit Elektro-Ladestationen für Lkw und Pkw errichtet werden. Diese können von der dortigen Gemeindeverbindungsstraße aus unmittelbar zufahren und auftanken.

Zur Speicherung des erzeugten Stromes soll ein Batteriespeicher im Bereich der geplanten Stellplätze mit E-Ladestationen errichtet werden, der eine Stromabgabe auch bei schlechter Witterung ermöglicht.

Die vom Vorhabenträger beantragten Maßnahmen dienen zur Stärkung der lokalen Versorgung mit Infrastruktureinrichtungen für die Elektromobilität und tragen zum dringend erforderlichen Wandel in Richtung klimaneutraler Mobilität bei. Dies liegt im besonderen Interesse des Marktes Pilsting und wird daher unterstützt.

Um die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die geplanten Erweiterungs- und Ergänzungsmaßnahmen zu schaffen, hat der Markt Pilsting die Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungs- und Grünordnungsplanes durch Deckblatt Nr. 1 beschlossen.

Der Markt bestimmt die Zulässigkeit des Vorhabens durch die Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans gemäß § 12 BauGB. Das Vorhaben wird auf der Grundlage eines mit dem Markt Pilsting abgestimmten Vorhaben- und Erschließungsplans durchgeführt. Die näheren Regelungen werden in einem Durchführungsvertrag getroffen.

2. ALLGEMEINE ANGABEN

2.1. Ergänzung der Modultische

Innerhalb des im rechtskräftigen Bebauungsplan vom 22.02.2010 festgesetzten Baufeldes konnten die Baumöglichkeiten aufgrund eingeschränkter Einspeisemöglichkeiten nicht vollständig ausgenutzt werden. Aufgrund nunmehr erweiterter Einspeisemöglichkeiten können innerhalb der festgesetzten Baugrenzen im Norden, Südwesten und in einzelnen Lücken im Südosten und Osten die vorhandenen Tischreihen in analoger Bauart ergänzt bzw. erweitert werden (vgl. rot dargestellte Modultische im Deckblatt Nr. 1.)



Blick von Süden nach Südwesten auf bislang unbebaute Teilflächen innerhalb der Anlage.

Quelle:
MKS AI GmbH 2022

Für die Netzeinspeisung der geplanten Leistung von 2 MW ist die Errichtung einer zweiten Trafostation erforderlich. Diese wird außerhalb des Wasserschutzgebietes Parnkofen im Südosten unmittelbar neben der Gemeindeverbindungsstraße errichtet.

2.2. Stellplätze mit Ladestationen

Im Südosten der PV-Anlage sollen außerhalb des Wasserschutzgebietes Parnkofen unmittelbar an der Gemeindeverbindungsstraße Stellplätze für Pkw angelegt werden, die mit E-Ladesäulen ausgestattet und künftig als Stromtankstellen genutzt werden. Im Weiteren werden an der Südostseite Stellplätze für Lkw errichtet und ebenfalls mit E-Ladestationen ausgestattet.

Hierfür müssen Teile der bisherigen Randeingrünung im Südosten entfernt werden. Die Flächen werden mit wasserdurchlässigen Pflasterbelägen (z.B. Rasenfugenpflaster, Rasengittersteine o. ä.) befestigt.

3. STÄDTEBAULICHE PLANUNG

3.1. Geltungsbereich Deckblatt Nr. 1

Der Geltungsbereich des Deckblattes Nr. 1 umfasst eine Fläche von ca. 30.025 m² auf den Flurnummern 1124 (Tfl.) und 1122 (Tfl.) Gemarkung Waibling, Markt Pilsting. Davon entfallen auf:

Freiflächen-Photovoltaik-Anlage, Bestand	24.020 m ²
Private Grünflächen Randeingrünung, Bestand	4.408 m ²
Öffentliche Verkehrsflächen	99 m ²
Private Verkehrsflächen, Stellplätze, Trafo, Speicher, Zufahrt	773 m ²
Ausgleichsfläche 2, geplant	725 m ²
Summe	30.025 m²

Das Deckblatt Nr. 1 ersetzt bzw. ergänzt in seinem Geltungsbereich die planlichen und textlichen Festsetzungen des rechtskräftigen vorhabenbezogenen Bebauungs- und Grünordnungsplans SO "Photovoltaik Parnkofen" in der Fassung vom 22.02.2010. Änderungen und Ergänzungen durch Deckblatt Nr. 1 sind im Deckblatt Nr. 1 zum vorhabenbezogenen Bebauungs- und Grünordnungsplan durch „**Fettdruck**“ gekennzeichnet.

3.2. Änderungen durch Deckblatt Nr. 1

3.2.1 Art der baulichen Nutzung

Die Art der baulichen Nutzung bleibt unverändert ein sonstiges Sondergebiet nach § 11 BauNVO mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik-Freilandanlage zur Stromerzeugung“. Zulässig sind:

- Ausschließlich fest installierte Solarmodule in aufgeständerter Form
- Trafostationen und Betriebsgebäude
- Notwendige Verkehrsflächen **und Stellplätze für Ladestationen**
- **Ladestationen für Lkw und Pkw**
- **1 Batteriespeicher mit einer Grundfläche max. 7 m x 3 m**
- Einfriedungen

3.2.2 Maß der baulichen Nutzung

Maximale Höhe baulicher Anlagen:

Im Bereich der überbaubaren Grundstücksflächen nach Planzeichen 3.5.1 sind folgende maximale Höhen zulässig:

- Fotovoltaik-Module bis zu einer Gesamthöhe von 3,50 m über Urgelände.
- Betriebsgebäude bis zu einer Wandhöhe von maximal 3,50 m über Urgelände, gemessen falseits in der Mitte des Gebäudes.

Im Bereich der Flächen für Stellplätze und Nebenanlagen nach Planzeichen 15.3 sind folgende maximale Höhen zulässig:

- Ladestationen für Lkw und Pkw sowie die Errichtung von Batteriespeichern sind bis zu einer Höhe von maximal 2,8 m über Urgelände zulässig.**

3.2.3 Bauweise

Der bislang durch eine Baugrenze separat festgesetzte Baubereich für ein Betriebsgebäude entfällt, die Baugrenze wird an der Südgrenze durchgezogen (Planliche Festsetzung 3.5.1).

Außerhalb der festgesetzten Baugrenzen ist die Errichtung von Ladestationen für Lkw und Pkw sowie die Errichtung von Batteriespeichern ausschließlich innerhalb der nach planlicher Festsetzung 15.3 (Stellplätze und Nebenanlagen) umgrenzten Flächen zulässig.

3.2.4 Flächen für die örtlichen Hauptverkehrszüge

Die zur Erschließung erforderlichen Anschlussflächen an die Gemeindeverbindungsstraße werden als öffentliche Verkehrsflächen festgesetzt (Planliche Festsetzung I 6.1).

3.2.5 Verkehrsflächen

Innerhalb der festgesetzten Baugrenzen entfallen die bislang festgesetzten privaten Verkehrsflächen von der südlichen Einfahrt bis zum Trafo 1.

Die geplanten Stellplätze für Lkw und Pkw im Südwesten werden als private Verkehrsflächen festgesetzt (Planliche Festsetzung I 6.1). Verkehrsflächen gemäß planlicher Festsetzung 6.1 sind **mit wasserdurchlässigen Belägen zu befestigen. Zulässig sind Betonpflaster mit gerumpelten Kanten, Betonpflaster mit Rasenfuge, Schotterbeläge, Natursteinpflaster oder Schotterbelag** (Textliche Festsetzung III 0.3.6).

3.2.6 Grünflächen

Die bestehenden privaten Grünflächen mit Auflagen zur Eingrünung werden im Südosten zugunsten der geplanten Stellplätze reduziert.

Die Ausgleichsfläche 1 bleibt unverändert.

Die bestehende Randeingrünung an der Westseite wird durch die 5 m breite Ausgleichsfläche 2 mit einer durchgehenden Heckenpflanzung verbreitert (Planliche Festsetzung 9.2). Für die Bepflanzung sind nachfolgende Festsetzungen getroffen:

Entlang der Westseite ist eine durchgehende dreireihige Strauchhecke mit Arten der Liste gemäß textlicher Festsetzung 0.3.1 anzulegen und zu erhalten. Die Artenauswahl ist dabei so festzulegen, daß eine durchgehende Wuchshöhe von 4 - 5 m gewährleistet wird. Pflanzabstand der Sträucher untereinander 1,50 m. Abstand der Reihen 1,00 m. Mindestpflanzgröße: Strauch, 2 x verpflanzt, Höhe 60-100 cm. Es ist ausschließlich autochthones Pflanzenmaterial zulässig.

Die Pflanzung ist zum Schutz vor Wildverbiss für mindestens 5 Jahre durch einen bis zum Boden reichenden Wildschutzzaun zu sichern. Nach ausreichender Entwicklung der Pflanzung (geschlossener Bestand), ist der Zaun zu entfernen (Textliche Festsetzung III 0.3.4.4).

3.2.7 Stellplätze und Nebenanlagen

Die Flächen für die geplanten Stellplätze mit Ladestationen werden als Flächen für Stellplätzen und Nebenanlagen (hier Ladestationen und Batteriespeicher) festgesetzt (Planliche Festsetzung I 15.3). Die Zweckbestimmung wird im westlichen Bereich für Lkw-Stellplätze, im südlichen Bereich für Pkw-Stellplätze festgelegt.

3.2.8 Erweiterung Modultische

Innerhalb der Baugrenzen werden die bestehenden Tischreihen (Planliche Festsetzung 15.14) durch weitere Modultische in analoger Bauweise ergänzt. Die Erweiterungen sind in roter Farbe dargestellt (Planliche Festsetzung 15.15).

3.2.9 Trafostation 2 / Batteriespeicher

Im Südosten werden die Standorte für die Trafostation 2 und den Batteriespeicher unmittelbar an der Grenze zur Gemeindeverbindungsstraße außerhalb des Wasserschutzbereiches Parnkofen festgesetzt (Planliche Festsetzung I 15.17).

Nördlich der Trafostation wird ein Batteriespeicher für Lithium-Batterien vorgesehen (Planliche Festsetzung I 15.18). Diese werden in einem 20ft-Frachtcontainer untergebracht und dienen der Speicherung von Strom und Abgabe in Zeiten ohne Erzeugung durch Solarstrahlung. Der Standort ist nicht festgelegt, da er sich durch technisch bedingte Anforderungen noch ändern kann.

3.2.10 Artenschutz

Für die Errichtung der Stellplätze müssen bestehende Gehölze der Randeingrünung im Südwesten gerodet werden, die aufgrund des Entwicklungsstandes potenzielle Bruthabitate für Vögel darstellen. Zur Vermeidung von Beeinträchtigungen, Störungen oder Tötungen von Vögeln ist nachfolgende Maßnahme festgesetzt:

Die Baufeldfreimachung und Rodung von Gehölzen darf zur Vermeidung von Verbotstatbeständen nach § 44 Absatz 1 BNatSchG ausschließlich außerhalb der Vogelbrutzeit im Zeitraum vom 1. Oktober bis 28. Februar erfolgen.

4. ERSCHLIESSUNG

4.1. Verkehrserschließung

Die geplanten Stellplätze für Lkw und Pkw im Erweiterungsbereich werden von Süden über die Gemeindeverbindungsstraße unmittelbar erschlossen.

4.2. Niederschlagswasser

Die Stellplätze sind mit einem wasserdurchlässigen Belag zu befestigen, um den Abfluss zu reduzieren. Das überschüssige Niederschlagswasser der Lkw-Stellplätze wird über die angrenzenden Bodenflächen breitflächig versickert. Das überschüssige Niederschlagswasser der Pkw-Stellplätze wird dem bestehenden straßenbegleitenden Graben außerhalb des Wasserschutzgebietes Parnkofen zugeleitet.

5. GRÜNORDNUNG

Die bestehende Randeingrünung der PV-Anlage bleibt mit Ausnahme der Flächen für die Stellplätze unverändert erhalten.

Grünordnerische Festsetzungen sind aufgrund der besonderen örtlichen Voraussetzungen für die Anlage der Ausgleichsfläche 2 festgesetzt. Hierzu wird auf Punkt 3.6.2 der Begründung verwiesen.

6. ARTENSCHUTZ

Zur Vermeidung von nachteiligen Auswirkungen auf die Artengruppen Vögel sind zeitliche Beschränkungen für Maßnahmen zur Baufeldfreimachung und Rodung von Bäumen und Sträuchern festgesetzt. Hierzu wird auf Punkt 3.2.7 der Begründung verwiesen.

7. NATURSCHUTZRECHTLICHE EINGRIFFSREGELUNG

7.1. Eingriffsermittlung / Ausgleichsbedarf

Das Vorhaben ist im südöstlichen Erweiterungsbereich für die Stellplätze geeignet, einen Eingriff im Sinne des § 14 BNatSchG zu verursachen. Maßgeblich für diese Einstufung sind die durch die Inanspruchnahme der Stellplatzflächen einhergehende Veränderungen des Orts- und Landschaftsbildes sowie die Inanspruchnahme der bisherigen Randeingrünung der PV-Anlage sowie von Boden durch Überbauung.

Die innerhalb der Einfriedung der bestehenden Photovoltaik-Freianlage geplanten neuen Modultische haben im Hinblick auf die Eingriffsregelung keine Relevanz und bleiben außer Betracht. Dies ist damit begründet, dass im Zuge der naturschutzfachlichen Eingriffsregelung zum Ursprungsbebauungsplan vom 22.02.2010 die gesamte Netto-Baufläche ohne private Randeingrünung herangezogen wurde. Der Vorhabenträger hat somit für den gesamten Anlagenbereich innerhalb der Einfriedung die Kompensation bereits mit der Umsetzung der Kompensationsfläche 1 erbracht. Die neu geplanten Modultische befinden sich innerhalb des ursprünglich festgesetzten

Baubereiches (Baugrenze nach planlicher Festsetzung I 3.5.1), so dass sich keine Erhöhung der Eingriffsschwere ableitet und damit keine Ausgleichsverpflichtung ergibt.

Die baulichen Anlagen für die Pkw- und Lkw-Stellplätze mit Ladestationen, die Erschließung im Südosten und die Standorte für die Trafostation 2 und den Batteriespeicher beanspruchen Teile der bisherigen Randeingrünung und führen durch Überbauung und die Veränderung des Orts- und Landschaftsbildes zu einem Eingriff. In der verbindlichen Bauleitplanung sind diese Flächen in die naturschutzfachliche Eingriffsregelung in der Bauleitplanung einzubeziehen.

7.1.1 Ermittlung des Ausgleichsbedarfs

Die Ermittlung des Ausgleichsbedarfs erfolgt auf Basis des Leitfadens für die Eingriffsregelung in der Bauleitplanung, Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr, Fassung Dezember 2021. Für die Abhandlung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung wird das Regelverfahren angewendet.

Bestand

Die Bewertung des Bestandes erfolgt nach der Biotopwertliste der Bayerischen Kompensationsverordnung (BayKompV), Stand 28.02.2014.

Der Ausgangszustand der Eingriffsflächen sowie die Flächengrößen sind in Anlage 1 zum Deckblatt Nr. 5 im Maßstab 1 : 500 dargestellt.

Eingriffsschwere

Für den Erweiterungsbereich der Stellplätze im Südwesten sind die als Stellplätze zulässigen Flächen vollumfänglich als Eingriffsfläche anzusetzen, da sie praktisch den gesamten Baubereich umfassen. Der Beeinträchtigungsfaktor ist mit 1,0 anzusetzen.

7.1.2 Berechnung Ausgleichsbedarf

Bewertung des Schutzgutes Arten und Lebensräume	Fläche (m²)	Wertpunkte (WP)	Beeinträchtigungsfaktor	Ausgleichs-Bedarf (WP)
gering	108	3	1,0	324
mittel	718	8	1,0	5.744
hoch	-	11	1	-
	-	12	1	-
	-	13	1	-
	-	14	1	-
	-	15	1	-
Summe Ausgleichsbedarf in Wertpunkten				6.068

Planungsfaktor	Begründung	Sicherung
Verwendung versickerungsfähiger Beläge	Erhalt der Wasseraufnahmefähigkeit des Bodens durch Verwendung versickerungsfähiger Beläge	Textliche Festsetzung III 0.3.6
Summe Abzug Planungsfaktor (max. 20%)		5 %
Summe Ausgleichsbedarf gesamt (WP)		5.765

7.2. Ausgleichsfläche

7.2.1 Lage und Umfang

Die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen werden auf einer Teilfläche der Flurnummer 1124 der Gemarkung Waibling umgesetzt. Vorgesehen ist die Verbreiterung der westlichen Randeingrünung in einem Streifen von 5,0 m, so dass sich insgesamt eine 11 m breite Eingrünung ergibt. Entlang der Westgrenze ist auf einer Länge von ca. 145 m eine durchgehende dreireihige Strauchpflanzung mit standortgemäßen heimischen Sträuchern anzulegen (Textliche Festsetzung 0.3.4.4)

Derzeit werden die Flächen als forstwirtschaftliche Lagerflächen für die Holzlagerung genutzt. Der Biotop- und Nutzungstyp ist gemäß Biotopwertliste BayKompV als P42 – land- und forstwirtschaftliche Lagerflächen – mit einem Biotopwert von 2 Wertpunkten einzustufen.

Entwicklungsziel ist analog zur bestehenden Eingrünung eine naturnahe Strauchhecke, die dem Biotoptyp B112 – mesophiles Gebüsch – entspricht und mit einem Biotopwert von 10 Wertpunkten eingestuft ist.

Demnach ergibt sich bei Umsetzung der festgesetzten Ausgleichsmaßnahmen eine Wertpunkte-Differenz von 8 Wertpunkten/m² Grundstücksfläche.

7.2.2 Ausgleichsumfang und Bilanzierung

Ausgleichsumfang und Bilanzierung Schutzgut Arten und Lebensräume										
Maßnahme Nr.	Ausgangszustand nach der BNT-Liste			Prognosezustand nach der BNT-Liste			Ausgleichsmaßnahme			
	Code	Bezeichnung	Bewertung (WP)	Code	Bezeichnung	Bewertung (WP)	Fläche (m ²)	Aufwertung	Entsiegelungsfaktor	Ausgleichsumfang (WP)
1	P42	Forstwirtschaftliche Lagerfläche	2	B112	Mesophiles Gebüsch	10	725	8	0	5.800
Summe Ausgleichsumfang in Wertpunkten										5.800

Bilanzierung	
Summe Ausgleichsumfang	5.800
Summe Ausgleichsbedarf	5.765
Differenz	35

Durch die Ausgleichsmaßnahme 2 kann der erforderliche Ausgleichsbedarf erbracht werden.

8. WASSERSCHUTZGEBIET PARNKOFEN

Das Plangebiet befindet sich im westlichen Teil innerhalb der weiteren Schutzzone des Wasserschutzgebietes Parnkofen, geschützt mit Verordnung des Landratsamtes Dingolfing-Landau vom 12.08.1982. Die Grenzen der Schutzgebietszonen sind nachrichtlich aus der Verordnung in den Bebauungsplan übernommen.

Die im Rahmen der Planänderung durch das Deckblatt Nr. 1 vorgenommenen Änderungen sind im Hinblick auf die Schutzgebietsverordnung wie folgt zu bewerten:

Erweiterung der Modultische

Es werden analog zum Bestand fest installierte Trägergestelle aus Stahl errichtet, auf denen die Fotovoltaik-Module montiert werden. Die Fundamentierung mittels Schraubfundamenten oder Rammfundamenten, so dass ein Bodenaushub oder eine Fundamentierung mit Beton nicht erforderlich ist. Dadurch ist eine Veränderung der Geländeoberfläche auf der gesamten Fläche nicht erforderlich (vgl. Verbot Nr. 2.1 Wasserschutzgebietsverordnung). Die Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung wird dadurch nicht gemindert.

Trafostation 2

Die Trafostation 2 wird im Südosten außerhalb der weiteren Schutzzone des Wasserschutzgebietes errichtet. Es handelt sich analog zur Trafostation 1 um einen Öl-Transformator in einer Beton-Kompaktstation mit Auffangwanne, für deren Errichtung ausschließlich im unmittelbaren Baubereich ein Unterbau (Dicke ca. 50 cm) mit Frostschutzmaterial herzustellen ist.

Stellplätze Lkw / Pkw

Die geplanten Stellplätze für Lkw und Pkw im Südosten kommen ebenfalls außerhalb des Wasserschutzgebietes zu liegen. Die Stellplätze werden mit wasserdurchlässigem Belag (Rasengittersteine) befestigt, so dass das überwiegende Niederschlagswasser vor Ort versickern kann. Überschüssiges Niederschlagswasser kann breitflächig über die angrenzenden Flächen wie bisher versickern bzw. über den straßenbegleitenden Graben in Richtung Parnkofen abfließen. Eine Zuleitung in die Schutzzone des Wasserschutzgebietes ergibt sich nicht, so dass eine Beeinträchtigung der Schutzfunktion vermieden wird.

Ladestationen / Erdkabel

Die Ladestationen mit Verkabelung befinden sich außerhalb des Wasserschutzgebietes Parnkofen, so dass Beeinträchtigungen der Schutzfunktionen vermieden werden können. Die E-Ladestationen (Grundfläche ca. 80 x 80 cm) werden punktuell an den Stellplätzen errichtet und benötigen ein ca. 80 cm tiefes Fundament. Notwendige Kabel werden in einer Regeltiefe von ca. 80 verlegt und nach dem Einbau wird das Gelände mit dem örtlichen Bodenaushub wieder hergestellt.

Batteriespeicher

Der Batteriespeicher mit Lithium-Batterien befindet sich außerhalb des Wasserschutzgebietes Parnkofen, so dass Beeinträchtigungen der Schutzfunktionen vermieden werden können. Der Container wird in einem geschlossenen 20ft-Standard-Frachtcontainer (Abmessungen 6,058 m x 2,438 m x 2,591 m) aufgestellt. Der exakte Standort ist noch nicht festgelegt, ist aber nur innerhalb der nach planlicher Festsetzung I 6.1 umgrenzen Flächen (Private Verkehrsflächen) zulässig. Für den Container ist ein Unterbau mit ca. 50 cm Frostschutzkies ausreichend.

9. UNTERLAGENVERZEICHNIS

Verbindliche Bestandteile des Deckblattes Nr. 1 zum vorhabenbezogenen Bebauungs- und Grünordnungsplan SO „Photovoltaik Parnkofen“ sind nachfolgende Unterlagen:

Plan B 1.0 Deckblatt Nr. 1 zum vorhabenbezogener Bebauungs- und Grünordnungsplan SO „Photovoltaik Parnkofen“, M 1:1.000

Plan B 1.1 ANLAGE 1 - Eingriffsflächen / Biotop- und Nutzungstypen, M 1 : 500

Begründung zum Deckblatt Nr. 1 zum vorhabenbezogenen Bebauungs- und Grünordnungsplan SO „Photovoltaik Parnkofen“, Seiten 1 – 13.